

Bund erfolgt nach Abschluss des Programms sowie den noch durchzuführenden Kontrollmaßnahmen. Im Rahmen des verpflichtenden Rückmeldeverfahrens in Baden-Württemberg wurden alle Soforthilfe-Empfänger schriftlich zur selbständigen Prüfung der Antragsvoraussetzungen und Mittelverwendung aufgefordert.

Mit Stand vom 31. Dezember 2022 wurden dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz aus Baden-Württemberg für die Corona-Soforthilfe 45.239 Rückzahlungen mit einem Rückzahlungsvolumen in Höhe von 263.285.761 Euro mitgeteilt.

Im Rahmen der Gewährung der Corona-Soforthilfe wurden 1.550 Strafanzeigen von Baden-Württemberg mitgeteilt, die in der Regel aufgrund von Hinweisen zur missbräuchlichen Antragstellung eingeleitet wurden und nicht auf nicht gezahlte Rückforderungen zurückzuführen sind. Nicht fristgerecht gezahlte Rückforderungen lösen zunächst weitere Vollstreckungsmaßnahmen der Bewilligungsstellen aus.

10. Abgeordneter
Dr. Dietmar Bartsch
(DIE LINKE.)
- Wie viele Strom- und Gasversorger haben Mittel vom Bund beantragt, weil sie mit ihren Preisen für die privaten Verbraucher oberhalb der Preisbremsen auf Strom und Gas liegen (bitte Gesamtzahl und die TOP-5-Versorger mit den höchsten Ansprüchen nennen), und welche Gesamtsumme zahlt der Bund an die Versorger in den Monaten Januar bis März 2023 aus (bitte gesamt und für TOP-5-Versorger Beträge aufschlüsseln)?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Patrick Graichen
vom 10. März 2023**

Bis zum 6. März 2023 haben 435 Erdgaslieferanten und 584 Wärmeversorgungsunternehmen Prüfanträge auf Vorauszahlung ihres Erstattungsanspruchs für Entlastungen, die sie Letztverbraucherinnen und Letztverbrauchern bzw. Kundinnen und Kunden nach dem Erdgas-Wärme-Preisbremsengesetz (EWPPBG) im ersten Quartal 2023 gewähren, gestellt. Das Antragsvolumen beläuft sich insgesamt auf 2,35 Mrd. Euro. Die Antragsfrist für das erste Quartal 2023 wurde einmalig pauschal bis zum 31. März 2023 verlängert und es gehen weiter Anträge von Versorgern ein. Die Gesamtsumme der Auszahlungen für das erste Quartal und die Versorger mit den größten Erstattungen stehen daher noch nicht fest.

Zu Erstattungsanträgen nach dem Strompreisbremsengesetz (StromPBG) liegen noch keine Zahlen vor.

11. Abgeordneter
Andreas Bleck
(AfD)
- Unterstützt die Bundesregierung den Vorschlag der französischen Regierung für ein Moratorium beim Tiefseebergbau wegen nicht ausreichend erforschter Risiken für die ozeanischen Ökosysteme, und wenn nein, warum nicht (Greenpeace Magazin 6/22)?

**Antwort des Staatssekretärs Sven Giegold
vom 6. März 2023**

Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass die Risiken des Tiefseebergbaus nicht ausreichend erforscht sind und fordert aus diesem Grund eine vorsorgliche Pause (precautionary pause) des Tiefseebergbaus. Forschungsprojekte, wie das Projekt „MiningImpact“ im Kontext der europäischen JPI Oceans Partnerschaft, sind notwendig, um wissenschaftsbasierte Entscheidungen zum Tiefseebergbau treffen zu können.

12. Abgeordneter
Andreas Bleck
(AfD)
- Ist es zutreffend, dass die Bundesregierung mit dem Sachwalter der Nord Stream 2 AG über den Erwerb von nicht für den Bau der Pipeline Nord Stream 2 genutzten Röhren für die Anbindung von LNG-Terminals (LNG = Flüssigerdgas) verhandelt (www.welt.de/wirtschaft/plus243975123/Auf-Ruegen-regt-sich-Widerstand-gegen-die-Deutschlandgeschwindigkeit.html)?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Patrick Graichen
vom 9. März 2023**

Für den Aufbau des FSRU-Standorts Lubmin (FSRU = Floating Storage and Regasification Unit) ist auch die Einbeziehung von Röhren der Nord Stream 2 AG angedacht. Die Bundesregierung befindet sich diesbezüglich in vertraulichen Gesprächen mit der Nord Stream 2 AG.

13. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Plant die Bundesregierung angesichts der militärischen Provokationen bzw. Drohungen der Türkei im Mittelmeer gegenüber Griechenland und Zypern, bei denen U-Boote eingesetzt werden könnten, die von den Vorgängerregierungen erteilten Ausfuhrgenehmigungen für Zulieferungen von Komponenten im Zusammenhang mit türkischen U-Booten (Plenarprotokoll 20/78, Mündliche Frage 35) nach § 7 des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen (KrWaffKontrG) zu widerrufen, da nach meiner Auffassung die Gefahr besteht, dass die Kriegswaffen bei einer friedensstörenden Handlung, insbesondere bei einem Angriffskrieg, verwendet werden könnten (§ 6 Absatz 3 Nummer 1 KrWaffKontrG), und wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung der aktuelle Stand bei der Lieferung (bitte kenntlich machen wie viele davon bereits fertiggestellt wurden) der an die Türkei genehmigten U-Boot-Komponenten des Herstellers thyssenkrupp Marine Systems GmbH (TKMS) aus dem Jahr 2009 (Bundestagsdrucksache 19/22831, Schriftliche Frage 50)?